

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918  
3 (1889)**

142 (4.12.1889)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-192577](#)

# Norddeutsches Volksblatt.

**Abonnement:**  
bei Vorzugsbezahlung frei in's Haus:  
vierteljährlich . . 1 M. 50 Pf.  
für 2 Monate . . 1 " " "  
für 1 Monat . . 50 " "  
excl. Postporto.

Zeitschrift für freisinnige soziale Reform,  
für Politik und Unterhaltung.

Expedition: Bant-Wilhelmshaven, Adolfstraße Nr. 1.

**Erscheint**  
jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag.  
**Inserate:**  
die vierseitige Seite 10 Pf.  
bei Wiederholungen Rabatt.

## „Staatsfeinde“

sollen wir Sozialisten nach den Deduktionen der Staatsanwaltschaft sein. Das Material, wie es zu der Riesenanklage, die gegenwärtig am Elberfelder Landgericht verhandelt wird, zusammengetragen wurde, ist, läßt keinen Zweifel daran aufkommen, und der Abg. Bebel hatte Recht, als er in der Donnerstagsitzung bei Veranlassung mehrerer Artikel aus dem „Sozialdemokrat“ bemerkte, es wäre richtig, wenn man diesen Prozeß einen Hochverratsprozeß genannt hätte. „Staatsfeinde“! — man könnte glauben, wir lebten in einer verkehrten Welt, in der alle Begriffe auf den Kopf gestellt sind.

Durch die Sprache der offiziösen und reaktionären Blätter hat man sich daran gewöhnt, den Sozialismus als staatsfeindlich zu betrachten. Wer das glaubt, hat das Wesen des Sozialismus nicht erkannt. Denn der Sozialismus beruht auf Zentralisation und kann ohne eine kräftige und vollständige Staatsgewalt gar nicht gedacht werden. Weit davon entfernt, den Staat feindlich zu sein, enthält sogar der Sozialismus eine Stärkung des Staatsbegriffs und die Manchestermänner werben deshalb den Sozialisten — ohne Beweis dafür — vor, daß die letzteren eine alle Freiheit erlösende Staatsmacht anstreben.

Gibt es Staatsfeinde?

Ja ja, aber sie sind bei den Sozialisten nicht zu suchen. Wer ein Gegner eines bestimmten Regierungssystems oder einzelner nach seiner Meinung unzeitgemäßer Einrichtungen ist, der ist doch noch kein Gegner des Staatsbegriffs selbst. Aber man sieht es heute eben, die Begriffe zu wenden und zu drehen, den Inhalt mit der Form zu verwischen. Staatsfeinde sind heute die — Anarchisten und die Bourgeoisie.

Die Anarchisten erklären sich offen gegen den Staatsbegriff und wollen die Gesellschaft in kleine Gruppen auflösen, wobei auch der Staatsverband in Trümmer gehen müßte. Schon wenn man bedenkt, daß wir in der Epoche der Großproduktion leben, begreift man leicht, daß diese Theorie eine völlig falsche ist. Die Staatsfälle kann soziale Schäden holen, die „Autonomie des Einzelnen“ kann nur Verwirrung anrichten.

In diesen Dingen aber begegnen sich der Anarchismus und der Großkapitalismus.

Wie der Anarchismus die Gesellschaft in Gruppen auflösen will, so hat der Großkapitalismus schon die Auflösung in seiner Weise vollzogen, indem er die Gesellschaft in eine Reihe von Interessengruppen zerrißt, die sich grimmig und unaufhörlich befinden. Die Autonomie des Einzelnen, d. h. die Freiheit zu thun, was man will, eine Aufrüttung des alten barbarischen Rechts des Stärkeren, ist in der freien Konkurrenz bis zu einem gewissen Grade gleichfalls enthalten, wie sieben ja täglich, wie der einzelne Kapitalist von seiner „Autonomie“ Gebrauch macht und sich Elbgogenraum schafft. Indem er andere niederkonkurriert, macht er von dem Recht des Stärkeren uneingeschränkten Gebrauch.

Die Vertreter des modernen Kapitalismus, die große Bourgeoisie und ihre Anhänger lassen es niemals an Versicherungen fehlen, die sie staatsfreudlich seien. Dadurch wird sich nur der Unfugd täuschen lassen. Schon vor langer Zeit wurde der Satz aufgestellt, die Bourgeoisie suche den Staat zu ihrem Nachtwächter zu machen, und wenn man die Staaten betrachtet, in welchen die Bourgeoisie dominirt, so wird man unschwer erkennen, daß der Staatskörper an einem schweren Siedthum krankt und das Staatsleben durch die schwere Hand des Großkapitalismus an einer gesunden und geistlichen Entwicklung gehindert ist. Man blickt nur auf Belgien, das „Musterland der modernen Bourgeoisie“. Die Bevölkerung verfügt dort unter dem Druck eines unerträglichen industriellen Systems, und vergebens würde eine Regierung dort mit Sozialreformen eine Befreiung erstreben. Denn die Bourgeoisie will sich keine solche Ketten auferlegen und ihren Kapitalproß nicht verlieren lassen. Dazu kommt noch, daß speziell in Belgien die Bourgeoisie aus ihren Reihen ganz korrumpte Regierungen stellt, und es sogar zu einem Vorspielmästertum gebracht hat.

Blicke man nach Frankreich, dort lösen sich die Gruppen der Bourgeoisie in der Regierung ab. Die einen besetzen den Staat, um überseeische Expeditionen zu machen, bei denen sie ihr Geld für gute Absichten vorzüglich anlegen können. Der Staat hästet ja für Alles und in dieser Rolle ist er ihnen angenehm. Aber wehe ihm, wenn er sich auf eigene Füße stellen will! Wenn der französische Finanzminister eine Anteile machen will, wird eine solche Geldoperation nicht so leicht zu Stande kommen.

Wir brauchen gar nicht in die Ferne zu schweifen. Jedermann in Deutschland weiß, daß uns vor Russland eine unangenehme Kriegsgefahr droht. Wer Russland mit Geld unterstützt, damit es seine kolossalen Rüstungen

vollenden kann, der handelt direkt gegen die Interessen des Deutschen Reiches und aller deutschen Staaten, denn ein Sieg Russlands würde deren Zerstörung bedeuten. Aber sind es denn Sozialisten, welche den Russen ihre Anteile machen helfen und das Parlament für sie heranlocken? Nein, Großkapitalisten, Börsenmakler und „ehrliche Patrioten“ sind es, welche den Russen das Geld verschaffen, um gegen Deutschland zu rüsten!

Das Alles könnte man noch weiter ausführen. Doch genug damit.

Was ist denn der Sozialismus? Doch nur das Symptom, der lebendige Beweis, daß diese Gesellschaft zerfällt ist. Die zerstreuende Gewalt der modernen, zu Gunsten des Großkapitalismus ausgebildeten Produktionsform macht sich auf allen Gebieten geltend. Wer der Ansicht ist, man müsse durch eine organische Entwicklung sich zu anderen Formen durcharbeiten, der gilt als „Staatsfeind“!

Welch' eine Begriffsverwirrung! (B. Ustl.)

## Politische Rundschau.

Bant, den 3. Dezember.

Berlin. Sozialdemokratische Reichstagsabgeordneten: 15. Hannoverscher Wahlkreis: Zimmermann Warneck-Celle.

— Wegen Majestätsbeleidigung ist gegen den freisinnigen Redakteur A. Thiele von der „Würz. Ztg.“ sowie gegen den in Leipzig wohnhaften Schriftsteller H. Rösch Anklage erhoben worden. Dieselbe gründet sich auf eine von Herrn Rösch herriührende humoristisch-satirische Wochenblätter, welche sich auf den Besuch des Rates in Berlin bezog.

Hamburg, 27. November. Die Aussperrung der biegsamen Formen dauert im Anfang des nächsten Monats bereits ein ganzes Jahr, weil sie sich den Bedingungen der vereinigten Eisenindustrien nicht fügen und deren Arbeitsweise als allein maßgebend nicht anerkennen wollten. Die Mehrzahl der Hamburger Formen und Kernmacher sind von hier fortgesetzt mit Weib und Kind, je nachdem sich ihnen anderswo Arbeitsgelegenheit bot und man nahm die Leute gern, da sie tüchtige, ordentliche und in jeder Beziehung brauchbare Arbeiter sind. Andere, denen es unmöglich war, von hier fort zu ziehen, wandten sich anderer Beschäftigung zu. Ein kleiner Rest ist noch zu unterführen. Diese Aussperrung hat den Arbeitern bereits über 70 000 M. gelöst. In Altona-Ottensen liegen die Verhältnisse für die Formen und Kernmacher ähnlich. Dort verlangten die Gießereibesitzer, daß die Leute aus ihrem Fabrikverein austreten sollten. Aber nur wenige fügten sich diesem despötzlichen und ungerechten Verlangen. Auch von ihnen wanderte die Mehrzahl aus, so daß der Fabrikverein der Formen und Kernmacher in Altona-Ottensen bis auf 35 Mann zusammenschmolz, die aber immer treu zusammen halten und den Fog. Arbeitgebern beweisen, daß sie freie Leute sein wollen, welche sich nicht den tyrannischen Launen des Unternehmers beugen. Die Lücken in den Arbeitervereinen der Gießereien sind bekanntlich notdürftig durch angeworbene Schleifer und Böhmen ausgefüllt worden. Die Arbeiten wurden und werden noch zum Theil sehr mangelhaft ausgeführt; jedo irgendwie schwierige Arbeit muß nach auswärts gegeben. Die Böhmnen das Solidaritätsgefühl mehr zu erwachen. In der Gießerei Reuter in Hamburg wurde vor einigen Tagen ein böhmischer Formen von dem Meister beleidigt, worauf dieser die Arbeit einstellte. Jetzt erklärten sich alle anderen Böhmen in der Gießerei mit ihrem Kollegen beleidigt und trotzdem der Meister gute Worte gab, was ihm den früheren einheimischen Arbeitern gegenüber vielleicht nie eingefallen wäre, und die Böhmen bat, doch weiter zu arbeiten, verließen sie sämtlich die Gießerei und sind bereits in ihre Heimat abgereist. Wäre übrigens nicht die Sprachverschiedenheit vorhanden, so hätten die biegsamen Formen schon seit längerer Zeit mehr Einfluß auf ihre böhmischen Kollegen erlangt. Die übrigen Arbeiter aber am vierten Platze, besonders die Metallarbeiter, müßten den Formern für ihren energischen Widerstand dankbar sein, denn ohne diesen wäre von den Eisenindustrien der Arbeitsnachweis herzulegen auch den andern Branchen der Maschinenindustrie schon dictatorisch aufgezwungen worden und alle hätten sich den Segen der schwarzen Löwen und mit geheimen Zeichen verdeckten Arbeitsheften zu lösen bekommen. Eine von 3000 Metallarbeiter aller Branchen besuchte Versammlung hat sich dann auch am

22. d. Mts. in dieser Beziehung energisch ausgesprochen und den ausgesperrten Formern ihre Sympathien bezeugt. Essen, 1. Dez. Die hier abgehaltene Bergarbeiterversammlung war von etwa 3000 Personen besucht. Nach langerer Verhandlung ward eine siebenmitgliedige Kommission gewählt, welche mit der Kommission der Bergvertreter über die völlige Aufhebung der „Sperr“ verhandeln soll. In einer nächsten Sonntag stattfindenden weiteren Versammlung soll ein entscheidender Beschuß gefaßt werden.

Frankfurt a. M. Eine zahlreiche Versammlung von Industriellen, Technikern, Finanziers und Gelehrten genehmigte das Projekt zur Abhaltung einer internationalen elektrotechnischen Ausstellung vom Juni bis Oktober 1890 auf dem Terrain vor dem Hauptbahnhof Frankfurt, welches die königliche Eisenbahnverwaltung bereitwillig zur Verfügung stellte, wählt einen Ausstellungsvorstand und genehmigte einen vorläufigen Finanzplan. Zu Ehrenmitgliedern des Komitees wurden ernannt: Siemens, Edison und Thomson.

Heilbronn, 26. November. Vor der hiesigen Strafkammer wurde heute der Warter Siebler von Sulzbach a. M. wegen Sittlichkeitsvergehen zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus neben fünfjährigem Verlust der Ehrenrechte verurtheilt.

Weimar, 2. Dezember. In dem Prozeß gegen den Rechtsanwalt Hartmann wegen Beleidigung des Herzogs von Coburg-Gotha durch die von dem Angeklagten veröffentlichte Druckschrift „Wer da“ hat die Strafkammer des hiesigen Landgerichts den Angeklagten zu sechsmonatlicher Haftstrafe und zu den Kosten verurtheilt und die Vernichtung der gedachten Druckschrift ausgesprochen.

Leipzig. Einen überaus schäbaren Beitrag zur Charakteristik unserer sächsischen Amtsblattopposition liefert heute die amtliche „Leipz. Ztg.“, die es stets vorzieht, über die Reden der oppositionellen Reichstagabgeordneten so gut wie gar nichts zu berichten, während sie anderseits die Reden der Regierungsvorsteher fast wortlos zum Abruf bringt. Auch neulich, als der freisinnige Abg. Brüderberg-Zittau über das Schweineeinfuhrverbot gesprochen hatte, verzerrte ihm die „Leipz. Ztg.“ 4, dem Abg. Brüderberg aber gar nur 5 Zeilen. Selbst die Ausführungen der nationalliberalen Abg. Dr. Webhofer und Sedlmayr, welche ebenso gegen das Schweineeinfuhrverbot richteten, wurden fast ganz unterschlagen, denn über die Reden des ersteren enthielt die „Leipz. Ztg.“ 4, über die des letzteren 6 Zeilen. Die Thassacke wurde von einigen freisinnigen sächsischen Volksblättern festgenagelt, worauf nunmehr die „Leipz. Ztg.“ antwortet: „Wir können den sächsischen Blättern in Aussicht stellen, daß wir die Reden ihrer freisinnigen Heiligen nächstens nicht mehr absürzen, sondern ganz unterschlagen werden; die verhängte, jede sächsische Behandlung des Gegenstandes von der Hand weisende Absicht dieser Reden leuchtet aus denselben so klar hervor, daß wir zu deren Weiterverbreitung keine Verpflichtung fühlen. Je derselbe aber der deutsche Freiheit die Abhängen der Regierung zu verdächtigen und zu verdunkeln strebt, desto ausführlicher werden wir die Reden der Regierungsvorsteher wiedergeben.“ Ein Regierungsbüll, welches von derartigem Parteienspektrum erfüllt ist, dürfte außerhalb Sachsen schwierig anzutreffen sein.

Dresden, 28. Nov. In den gestrigen Sitzung des Landtages gelangten die sozialdemokratischen Anträge wegen Aufhebung des Schulgutes und Änderung des Einkommensteuergesetzes zur Beratung. Wie die Debatte über den erlangten Gegenstand ergab, hat der Antrag auf eine Zustimmung der konservativ-nationalliberalen Mehrheit, welche die Mitwirkung der Familie an der Unterhaltung der Schule für unumgänglich notwendig hält, nicht zu rechnen. Dagegen ist es nicht unmöglich, daß die Mehrheitsparteien einer Steuerbefreiung der untersten Einkommenssteuerklassen von 300 bis 600 M. ihre Zustimmung geben. Auch der Regierungsvorsteher, Sch. Rath Neuvel erklärte, daß die Regierung eine prinzipiell ablehnende Stellung in dieser Frage nicht einnehme. Nicht zukommen werde, aber die Regierung der Heranziehung der obersten Steuerklassen bis zu 5 p. ct. des Einkommens. Solche eine Heranziehung bis zu 3 p. ct. für den höchsten zulässigen Steuersatz. Der durch die Besteuerung der untersten Steuerklassen hervorgerufene Steuerauffall würde sich übrigens auf 700.000 M. beziehen.

Schweiz. — Die Bemerkungen, die Graf Bismarck im Reichstage über eine angebliche Bundesgenossenschaft Deutschlands mit der Schweiz gegen die Sozialdemokratie machte, werden vor der gesammelten Schweizer Presse zurückgewiesen. Der „Bund“ schreibt: „Wenn der Herr Staatssekretär ausführt, bei Meinungsverschiedenheiten mit der Schweiz habe sich die deutsche Regierung von dem Be-



freien leiten lassen, die Bundesgenossenschaft der Schweiz im Kampfe gegen die Umsturzbestrebungen der Sozialdemokraten und die Machstellung der deutschen Sozialdemokratie in der Schweiz zu gewinnen und daß sie auf dem besten Wege sei, ihre Absicht zu erreichen, so mißt er der Einigung des Bundesanwaltes eine Bedeutung bei, die ihr nicht zufolge. Der Bundesanwalt wurde nicht wegen des Falles Wohlgerüth eingeführt und auch nicht zum Zwecke, den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu eröffnen. Der Fall Wohlgerüth bildete bloß einen Anlaß, um die öfters geforderte Forderung, das Amt eines eidgenössischen Generalanwaltes wieder ausleben zu lassen, mit allem Nachdruck zu wiederholen. . . . Grundsätzlich ist damit am Stand der Dinge nichts geändert worden und tatsächlich läßt der Bundesanwalt keine verächtlichen Kampfmittel ein. Die Schweiz ist vordem ihren völkerrechtlichen Pflichten nachgekommen und wird es auch in Zukunft halten; die Einigung des Bundesanwaltes zielt bloß auf eine bessere Organisation der politischen Polizei ab.

Bern, 29. Nov. Der Bundesrat hat den Antrag eingebraucht, in die Bundesverfassung die Bestimmung aufzunehmen, daß der Bund befugt ist, auf dem Wege der Gesetzgebung die obligatorische Unfallversicherung einzurichten. Der Bundesrat soll im Weiteren ermächtigt sein, über die Krankenversicherung Bestimmungen zu treten und für sämtliche Lohnarbeiter den Beitritt zu einem Krankenkassen-Verband für verbindlich zu erklären.

### Bieligen.

Brüssel, 29. Nov. Der Professor des Strafrechts an der hiesigen Universität, Prins, welcher intermittisch die Funktionen des zur Disposition gestellten Chefs der Sicherheitsbehörde, Gauthier de Rasse, übernahm, wurde heute Morgen beim Betreten des Hörrales mit Bischen und Peinen empfangen. Prins fuhr den Lärm zu beschwichtigen und mache vorstellig, daß er als Inspektor der Gefängnisse der intermissionellen Übernahme der Funktionen Gauthier sich nicht habe entziehen können.

### Deutscher Reichstag.

26. Sitzung vom 29. November.

Auf der Tagesordnung steht die Novelle zum Bankgesetz. Die Kommission beantragt, die Vorlage unverändert zu genehmigen. Es liegen außerdem vor: ein von nur sechzehn Stimmen unterstützter Antrag Graf Stolbergs, die Vorlage abzulehnen, und den Reichstagsamler um Bestattung an den Reichsbund, vom 1. Januar 1891 ab, zu erufen.

Gerner ein Antrag v. Huene: die obere Dividendenbegrenzung, von der ab die Aktiengesellschaft nur noch mit  $\frac{1}{2}$  am Reichs-Ueberbauscheinheinrich, von 6 p.31 auf 5 p.31 herabsetzen. Endlich beantragt noch der Abg. Mooren (Sp.) eine Resolution, wonach es den Abgeordneten des Reichstages nicht entspreche, daß die Reichsbund sich bei Errichtung von Eisenbahnlinien von den beteiligten Gemeinden Steuerbefreiungen oder andere Zuflüsse bewilligen läßt.

Rath eingehendes Referat des Abg. Büsing (halt.) über die Verhandlungen der Kommission bekräftigte:

Abg. Graf Stolberg (kont.) seinen Antrag. Gestellt sei der selbe hauptsächlich an finanzielle Geschäftspunkte. Insofern haben auch wirtschaftliche Gesichtspunkte für ihn maßgeblich gespielt, denn keineswegs "agrarische", sondern aus agrarischer "Gebräuchlichkeit" dient. Er weiß keinen Freunden glauben zu können, daß die Reichsbund im Großen und Ganzen ihren Beruf erfüllt habe, jedoch wäre diesbezüglich nicht genug individuell. Wenn man den Antragsteller einen Vorwurf machen könnte, so sei es durchaus nicht der Begehrlichkeit, sondern höchstens der Vorwurf, daß sie viel zu sehr erfüllt seien von dem Reichsgesetz.

Abg. v. Benda (halt.) erklärte, er und seine Freunde würden für die Vorlage stimmen. Ganz ungern sei die Annahme, es werde das Interesse der Landwirtschaft nicht genug von der Reichsbund gewahrt. Die Bank gewährte ihre Hilfe vielmehr gerade der Landwirtschaft äußerst bereitwillig. Und zwar, wie er annahm, zu dürfen glaubte, schon seit 1870, nämlich seit den Tagen, wo der damalige Kanzler Bismarck hier im Hause wie anderwärts die Landwirtschaft seines bevorzugten Interesses verschafft habe. Es gebe ja auch sogar Leute, die da meinen, — so Herr Bamberger, — daß die Bank in ihrem Entgegenkommen gegen die Landwirtschaft

schaft eher zu weit, als nicht weit genug gehe, Thatsache sei jedenfalls, daß die Bank gerade auch in vergangenen Zeiten ihre Thore der Landwirtschaft weit geöffnet habe. Besonders bitte er um Ablehnung des Antrags Huene, der eine weitere Schmälerung der Dividende, über den Vorstand, der Regierung hinzuwolle. Es sei eine irrsige Annahme, daß die Reichsbundsfamilie sich vorwiegend in die Hände einzelner großer Bankhäuser befinden. Die Anteile seien vielleicht vielfach in Händen von Witwen und Wafern, die ohnehin durch die Vorlage geschädigt würden.

Vorstandsvorsitzender v. Decken: Wie der Herr Reichstagsamler, so schiene auch die Reichsbund der Landwirtschaft volles Interesse. Das Interesse habe höhere Ausgaben, vor allen diejenige der Sicherung der Währung. Was für die Landwirtschaft gebegeben sei, sei gerade auf seinem (des Redners) Gutachten erschlossen. Und hätte er die Interessen der Landwirtschaft nicht wahrgenommen, so wäre ihm das gewiß vom Herrn Reichstagsamler gelagert worden, und zwar gewiß in sehr deutlicher Weise! (Große Heiterkeit). Alles berechtigten Anträge von Interessenten, namentlich hinsichtlich Beliebung von Produkten, von Spirituosen, von Bier, habe er dreiviertelweise folge gegeben. Aber freilich die Anträge des Herrn Gomperz seien die Produkte von zweifelhaftem Werthe (Heiterkeit), weil Herr Gomperz die Stadt nicht kenne. Von den Handwerker-Gemeinschaften seien 50 der Bank abgelehnt, von den landwirtschaftlichen Kredit-Beratern habe er solches noch nicht gehabt; nur einer sei neutral getreten, dessen Beratungen noch nicht 2000 Kr. betrugen habe. (Große Heiterkeit). Von den Gütekritikern werde die Bank sehr gut denken, sowohl im Lombard, wie im Wechselbetrieb. Sehr viele Gütekritiker haben bei der Bank ein Konto. Im Auftrage genommen werden die Bank hauptsächlich von den Gütekritikern im Osten, während denen im Westen andere Quellen zu Gebot sind. Was die Beliebung der Bankanlässe auf die einzelnen Städte anlangt, so ergab eine detaillierte Auszählung, daß ein dauerhaftes Private, kleine Betriebe etc. seien, welche sich im Reiche von Bankstellen befinden. Von insgesamt 774 Inhabern von Bankstellen seien nur 849 im Besitz von 78 und mehr Anteilen.

Abg. v. Huene (Btr.) spricht sich gegen den Verstaatlichungs-Antrag aus, weil es noch weiterer Erklärungen bedürfe. Die Reichsbund habe bis jetzt ihre Aufgaben gut erfüllt, aber für die Zukunft allerdings möge er sein Vorurteil nicht festlegen. Der Antrag, den er selbst gestellt habe, empfiehlt sich mit Rücksicht auf den Zinsaufwand. Wollte man heute Reichsbund-Anteile unter den jetzt vorgebrachten Bedingungen zur Subskription stellen, so würde wahrscheinlich eine weitreichende Überzahlung die Folge sein. Daß ein großer Theil der Bankanlässe im Reiche kleine Betriebe seien, gebe er zu. Aber er halte es überwaupt nicht für richtig, daß kleine Betriebe Bankanleihscheine würden. Auch seien gerade die kleinen Leute im Westen weniger Befürworter des Antrages als vielfach konventionelle Staatspapiere und die Befürchtung der Konvertierung selber zeige ja, daß man später bei diesen Papieren das Interesse der kleinen Leute im Staatsinteresse unterordne.

Staatssekretär v. Bieliger führt aus, prinzipiell stelle die

Regierung einer Verstaatlichung der Bank gar nicht feindlich gegenüber. Aber die dafür geltend gemachten Gründe seien nicht schwer genug, um die Regierung zu veranlassen, an der bestreiteten Organisation der Bank zu rütteln. Das Interesse an der Sicherheit der Bank müsse jedenfalls jedem anderen Interesse vorangehen. Den Antrag Huene gemäß der zweite Dividendenbegrenzung von 6 auf 5 p.31 herabzusetzen, empfiehlt nicht der Blätter. Denn Huene lage, man konvertiere ja auch auf Kosten der kleinen Leute die Bierkredit-Dienstbarkeiten der jetzt dem Staat gehörigen Eisenbahnen, so blinde dieser Vergleich. Denn die Eisenbahnen sind im eigentümlichen Dienste des Staates, zu der Reichsbund habe das Reich dagegen nur Anträge auf Grund des der Bank ertheilten Privilegs. Es bleibe deshalb um einfache Annahme der Regierungsvorlage.

Abg. v. Kardorff (Sp.) ist aus durch die Autorität des Bankvorstandes nicht überzeugt. Man müsse doch auch mit der Möglichkeit einer Änderung der Währungsverhältnisse und einer Verstärkung der jetzt ja allerdings günstigen Handelsbilanzen rechnen. Würden beispielsweise unter Justiz und Spiritus vom Weltmarkt verändert, so könnte unsere Industrie die daraus entstehenden Verluste nicht decken. Hier sollte Zustände würden dann die Bankanlässe an Gold nicht genügend sein, zumal Deutschland jetzt Markt für überfällige Goldanlagen geworden sei. Deshalb müsse der Goldbestand der Bank verdoppelt oder verdreifacht werden. Gerner steht in Bezug auf öffentliche Kreditinstitute Preußen ungünstiger als Bairei und Sachsen. Auch deshalb müsse die Bankorganisation geändert werden. Deswegen wolle er, dem Antrag Stolbergs entsprechend, daß die Vorlage abgelehnt, die Bankanlässe gefindigt und die Regierung zur Vorlegung eines neuen Entwurfs aufgefordert werde. Die Verstaatlichung der Bank habe ihm jedoch dabei erst in dritter Reihe.

Bankpräsident v. Decken erwidert, die Bewegungen auf dem Geldmarkt seien doch nicht von der Bank abhängig, sondern von dem Weltmarkt. Und wenn sich diese Bewegungen weiter so günstig für uns gestaltet hätten, so sei das ein Verdienst des Handelsstandes,

Entgegen anderen Verstaatlichungen müßte er erklären, daß der Handelsstand einen großen Kapitalüberschuss befände. Er müsse dies auch ausdrücklich öffentlich erklären (Recess). Daß die Zustimmung wieder falle, sei ja möglich, aber das, solange die Frage einer Vereinigung des Bankkapitals und dadurch unseres Goldstandes keinem Sachen, die von der Vorlage fernbleiben. Er bitte, diese Fragen doch nicht hier hinzuziehen.

Abg. Neuendorff (freit.) bemerkt, jede Änderung der Bankverhältnisse würde sofort naturgemäß tiefergründige Schärfungen nach sich ziehen, und wer an den Befehlenden ruhten wolle, werde die Reichsbundsfamilie dazu nachweisen müssen. Von allen Dingen aber: die Regierung, die doch die Eisenbahnen verstaatlichte, will die Bank nicht verstaatlichen, und wie wollen Sie dann die Regierung dazu bringen? Wenn die Notenbanken bei und darüber abgenommen haben, also in Bairei und Sachsen, — weshalb wir in Preußen nach Ansicht der Herren leichter daschen können, als Sachsen und Bairei, — so gefehlt das doch im öffentlichen Interesse und kann jedenfalls nicht mit den Reichsbundverhältnissen vereinbart werden. Die finanziellen Gründe des Herrn Grafen Stolberg halten wir nicht für durchschlagend, am meisten liegt Ihnen ja auch wohl an Ihren wirtschaftlichen Gründen! Sie wollen den Landwirten Kredit schaffen. Aber dazu haben wir ja Privatbanken genug! Und wollen Sie eine Bank, die Unschärfe Kredit sieht, so geben Sie doch mit Gründung einer solchen Bank voran. Sie haben ja als Landwirthe die Wasserflüsse an! (Heiterkeit). Die Annahme des Antrags Huene kann ich Ihnen nicht empfehlen. Sie sieht das Reich der Gesetze aus, das die Generalsammlung der Anteilshabende absonderlich ablehnen wird, und das wäre doch für das Reich nicht gerade eine würdige Lage. Was die Unglücksprozeßsprechung des Herrn v. Kardorff anlangt, so kann mir ja gewohnt, was Sie eintrifft. Aber dazu haben wir ja Privatbanken genug! Und wollen Sie eine Bank, die Unschärfe Kredit sieht, so geben Sie doch mit Gründung einer solchen Bank voran.

Abg. Graf Mirbach (kont.) weist den Standpunkt v. Benda — der in dem ersten Theil seiner Rede „der Bank vorbei“ sprechen habe (Heiterkeit), — daß man bei dieser Vorlage für den kleinen Mann zu sorgen habe, zurück. Der kleine Mann ist kein Bankanteilseigner. Mit Unrecht zweideutig man auch aus agrarischen Forderungen. Herr Gomperz ist doch wahrscheinlich ein Agrarier. Hartalisch sei auch nach seiner Ansicht die Reichsbund gar nicht in der Lage, in der persönlichen Kreditgewähr an die Grundbesitzer mehr als ihnen als bisher gehabt. Höheren persönlichen Kredit bei der Reichsbund könnten die Grundbesitzer sich allenfalls verschaffen durch Genossenschaftsbildungen. Vielesicht auch wäre es möglich, neben den bestehenden Kapitalen noch ein besonderes Kapital in Anlehnung an die Reichsbund zu beschaffen, welches den Anfallen in der Preußen für diesen Zweck zur Verfügung gestellt würde. Er wolle selbst einen solchen Vorschlag nicht machen, würde sich aber freuen, wenn dasselbe anderweitig gemacht und von dem Herrn Bankpräsidenten erwogen würde. Werde der Antrag Stolbergs abgelehnt, so würden seine Freunde in dieser Sitzung für den Antrag Huene stimmen, sich aber für die dritte Lösung andere Vorschläge vorbereiten. Vielesicht gibt es, die Rente der Anteilshabende auf 4 p.31 zu fixieren oder etwas auf 1 p.31 über den marktgängigen Zinsfuß. Wäre man erreichbar, was nach Jahren doch erreicht werden müßte, dann solle man dem Reich geben, was des Reiches ist, und das Privatkapital belassen.

Ein Beratungsvortrag wird jetzt angenommen.

Montag 12. Uhr: Fortsetzung; Johann Antrag Barth (Abteilung der Bergarbeiter).

### Der Geheimbundssprozeß in Elberfeld.

Elberfeld, 28. November.

Zur heutigen Sitzung sind 120 Zeugen geladen, bei dem Aufruf fehlten aber 15, darunter der wichtigste Zeuge, der Polizeipräsident Julius Weber. Das Ausbleiben des Weber erregt naturgemäß großes Aufsehen und läßt allerlei Vermutungen, die vorher schon aufgetaucht waren, zu Gerüchten sich verdichten. Rechtsanwalt Lenzenmann stellt den Antrag, Ermittlungen anzustellen, ob der Zeuge Barth noch existire (unter den Gerüchten war auch das von einem Selbstmorde des Weber) und auf event. sofortige Vorführung. Vorläufig wird in der Vernehmung weiterer Zeugen fortgesetzt. Die Zeugenhaushalte beziehen sich auf die Vorgänge bei Gründung der "Freien Presse" durch den mehrfach genannten Gilles u. s. m. Dann läuft eine telefonische Meldung ein, der Zeuge Julius Weber werde seit gestern in seiner Wohnung vermisst. Die Meldung wird protokolliert.

"Sie sind, wie ich verschiedene Male bemerkt habe, diesen Morgen sehr zum Scherzen geneigt, Herr Schiegerjohn, denn sonst würden Sie diese Burg, welche seit langen Jahren mir und meiner Familie, also auch Ihrer Braut, als Wohnraum dient, nicht ein Eulenfest nennen. Ich bitte Sie dringend, diesen Ausdruck in Zukunft zu vermeiden. Im Übrigen erwähne ich Ihnen, daß jener Herr Springer allerdings gestern hier gewesen ist und daß wir den Tag des Vertragsabschlusses auf den nächsten Montag fixirt haben."

"Gottlob, daß die Geschichte endlich aus der Welt kommt," sagte der ehrte freudig, "sie begann langweilig zu werden. Sie haben doch vereinbart, daß Sie den Betrag auf der Stelle in Baar erhalten?"

"Das wurde mir von Herrn Springer ganz von selbst offenkundig."

"Vortrefflich," fuhr Herr von Dürenstein gut gelaunt fort, "so werden Sie ja am nächsten Montage mit einem Male zum reichen Kapitalisten und alsdann tritt die Frage an Sie heran, wie Sie das Geld am zweckmäßigsten anlegen, um möglichst hohe Rüben von demselben zu ziehen. Sie huldigen in dieser Hinsicht zwar anderen Ideen als ich, aber wenn Sie bedenken, daß es sich jetzt darum handelt, ob Sie nur 10000 oder 15—20000 Gulden und noch mehr im Jahre werden zu verzehren haben, so dürften Sie sich die Sache wohl nochmals überlegen, umso mehr, da gerade jetzt eine brillante Gelegenheit zu einer recht günstigen Kapitalanlage sich bietet."

"Ich bin zwar kein Freund von sogenannten Geschäften," entgegnete der Baron mit anflektiver Geringschätzung, "aber dies hindert mich nicht, den Vorschlag, welchen Sie mir zu machen haben, einmal anzuhören."

"Na, Sie werden eine andre Wiene aussuchen, wenn ich erst geprochen habe," erwiderte der ehrte in unverschämtem überleginem Tone.

(Fortsetzung folgt.)

### Irrungen.

Kriminalnovelle von G. Struber.

(Fortsetzung.)

Herr von Dürenstein befand sich seit gestern Abend wieder auf dem Spelhof. Seine Augen hatten gerötete Ränder, während seine Wangen aufwallend bleich waren. Die Spuren des übermäßigen Genusses giftiger Getränke, dem er sich gestern hingegeben, waren auf seinem Gesichte nicht zu verbergen, und Margare, welche ihrem Bräutigam an dem Frühstückstische gegenüberstand, richtete auf denselben mehrmals heimlich einen Blick, in dem der deutlichste Widerwillen zu sehen war. Das Gesicht derselben hatte an diesem Morgen tatsächlich etwas Abstoßendes, fast Gemeines, das vor allem durch den verschwommenen und dabei cynisch frechen Ausdruck in seinen Augen hervorgerufen wurde.

Auch der Baron schien nicht ganz zufrieden mit seinem zukünftigen Schwiegereltern zu sein, denn er betrachtete ihn zuweilen mißbilligend von der Seite, und nur die Baronin, welche neben ihrer Tochter saß, benahm sich ihm gegenüber mit unveränderter Freimüdigkeit.

"Wenn Sie nichts mehr genießen, Herr von Dürenstein," sagte zu diesem mit einem Mal der Baron, "so kann Johanna den Tisch abräumen," und als jener ein Gähnen unterdrückend erklärte, daß seine leiblichen Bedürfnisse durchaus befriedigt seien, trug der Diener auf den Befehl seines Herrn den Frühstücksergänzungshaushalt hinzu.

"Wir besanden uns gestern in großer Sorge wegen Ihres langen Ausbleibens," fuhr der ehrte fort. "Meine Frau fürchtete schon, daß Ihnen ein Unglück zugestossen sein könne, und vollständig beruhigt waren wir erst dann, als wir Sie spät in der Nacht antreffen hörten!"

"Ein kleiner Unfall, wenn auch gerade kein Unglück, ist mir gestern allerdings zugestossen," meinte von Dürenstein jovial. "Ich traf nämlich in Wiesbaden einen Grafen

von Wertheim, den ich vor langen Jahren auf einer Reise nach Europa einmal kennen gelernt hatte. Der Herr Graf ließ es sich nicht nehmen, mich zu einem kleinen Diner einzuladen, und hierbei wurde denn unser Wiedersehen in einer etwas zu lustigen Weise gefeiert. Lebhaftes macht ich hierbei die Beobachtung, daß Wiesbaden ein recht angenehmes Städtchen ist, in welchem mit einem Weibchen wie meiner Margare zu leben, ein ganz herrlicher Genuss sein muß. Gestern habe ich bereits Umschau nach einer passenden Wohnung für uns gehalten. Doch von allen, welche ich einsah, schien mir keine groß und vornehm genug, so daß mir wahrscheinlich nichts übrig bleibt wird, als ein geeignetes Haus oder vielmehr ein kleines Palais für uns bauen zu lassen."

"Das ist eine ausgezeichnete Idee, Herr Schiegerjohn!" bemerkte die Baronin fröhlig. "Werden Sie also auch einen Stall bauen lassen und Pferde und Equipagen halten?"

"Dies verfehlt sich ganz von selbst, meine gnädige Schwiegermama. Mein zartes Frächen soll doch nicht etwa zu Fuß laufen wie das erste beste Bürgerweib, lieber wollte ich es auf meinen eigenen Händen über die Straßen tragen. Du bist meine höchste Seligkeit, meine heutige Margare, und ich hege für die Zukunft keinen innigeren Wunsch, als das Glück, welches Du mir bringen wirst. Dir auf jede Weise zu vergeben."

"Sehr zärtlich und schön gesprochen," warf die Baronin ein, während ihre Tochter nur ein lachendes Lächeln als Erwidlung auf jene herzlichen Worte bereit hatte.

"Apropos, Herr Schiegervater," fuhr von Dürenstein in nonchalantem Tone fort, "wie weit sind denn eigentlich Ihre Verhandlungen wegen des Verkaufes dieses Güternestes gekommen? Ist der fremde Kaufmannsling in meiner Abwesenheit nicht wieder hier gewesen?"

Des Barons Antlitz hatte sich bei diesen Worten merklich verfärbt und in sehr fahlem Tone antwortete er:

folgten. Die folgenden Zeugenaussagen sind ohne Belang. Nach Verlauf von etwa einer halben Stunde geht ein ärztliches Attest von Dr. Witte in Barmen, gestellt, das wonach der Zeuge Julius Weber sieberhaft erkrankt sei und zum heutigen Termin nicht erscheinen könne. Es wieht in dem Zeugenverhör fortgefahren; die weitaus größte Zahl der Gedachten wußte nichts Wesentliches zu befunden. Ein Zeuge, der Handelsmann Johannes Borgare aus Barmen, gestellt, der „Sozialdemokrat“ öfters in einzelnen alten Exemplaren erhalten zu haben, weigert sich aber, den Abdrucker zu nennen und beruft sich hierbei auf die Polizeibeamten, die ja auch so oft ihre Auslagen weigerten. Er finde dies allerdings schmugig. Der Staatsanwalt beantragt wegen dieser ungewöhnlichen Neuerung gegen den Zeugen eine Haftstrafe von drei Tagen; das Gericht erkennt an 20 M. Geldbuße. Als Zeug erscheint auch in Uniform ein früherer Gefüll des Angeklagten Breuer aus Köln, der augenscheinlich in Straßburg seiner Militärschule genügt. An denselben ist einmal ein Paket aus Rendsburg angekommen. Das Papier war zerissen und beschmutzt und enthielt Schriften in rothen Umschlägen. Zeuge hat das Paket verbrannt. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum er nicht die Annahme verweigert, sondern das Paket verbrannt habe, antwortete Zeuge: „Das thue ich immer.“ Ein „Haupthaftungszeug“ zu dem Anklagepunkt „Parteitag in Blankenstein“ ist der Schlosser Happe aus Hörde. Er scheint etwas überspannt zu sein und nennt sich den „Erfinder der Schloßfibration“. Zeuge hat eine Geisteskrankheit seiner Branche gründen wollen und deshalb Gewerkschaftsgenossen nach Blankenstein zu einer Versprechung eingeladen. Als er in dieser Zusammenkunft aufstand und eine Rede über Schloßfibration halten wollte, wurde ihm bedeutet, hier sei keine Verhandlung, er möge sich setzen. Da sei aus der ganzen Versammlung nichts geworden. Bis jetzt sind 80 Zeugen vernommen.

Ebersfeld, 29. November.

Von den Angeklagten fehlten heute: Böbel, Grillenberger, Dr. Schmidt, Gordes und Lehrmann, und da der Gerichtshof deren Anwesenheit nicht für nothwendig erachtet, wird ohne sie in die Verhandlung eingetreten. Der erste Zeuge ist der Schreinergeselle Gustav Lehmann-Düsseldorf, ein hervorragendes Mitglied des sozialdemokratischen Partei. Lehmann ist wegen Geheimbündnisses in Düsseldorf bereits mit sechs Monaten Gefängnis vorbestraft. Der Zeuge hat geständigermaßen den sog. Parteitag zu Neanderthal angestellt, stellt ihn jedoch als einen harmlosen Ausflug dar. Er befandet dann, daß er am St. Galler Parteitag teilgenommen und daß ihm der A. A. Belles, der dienstlich verhindert gewesen sei, einen Theil des Reisebuchs gegeben habe. Die Reise habe er aus eigner Initiative unternommen; gewählt von seinen Parteigenossen sei er nicht. Von Ebersfeld hätten sich Müller und Bierenfeld betheiligt. Unter bestem Hinweis auf seinen event. zu leistenden Eid erklärte Lehmann, daß in St. Gallen ein Besluß über den „Soz.“ nicht gesetzt sei. Noch habe Wobersky-Köln die Angelegenheit zur Sprache bringen wollen, doch sei ihm vom Vorsitzenden Singer fogleich das Wort entzogen mit dem Bemerkung, daß das nicht Sache der Partei sei. Zeuge verweigert die Aussage darüber, in welcher Weise ihm der „Soz.“ zugesetzt wurde, weil er sich damit selber kraftrast machen würde. Der Gerichtshof nimmt im Hinblick darauf, daß Lehmann bereits wegen Geheimbündnisses bestraft ist, an, daß er auch heute noch mit der Partei verbündet und somit der Mittäterschaft verdächtig sei und sieht von einer Verurteilung ab. Bierenfeld, der immer noch seine Vertheidigung an St. Galler Parteitag bestritten hatte, verweigert heute darüber die Auskunft. Weber Ed. Böckel-Mettmann war früher Hausgenosse des Angeklagten Adolph und hat von diesem den Auftrag bekommen, aus Bielefeld ankomende Briefe mit der Adresse: „Mettmann, Rheinland“ ihm, Adolph, zu übergeben. Gleichlautend sagt die Chefrau Böckel aus. Zeuge Gendarm Dürkopp-Gronenberg, früher in Bielefeld, hat u. A. durch seinen „Vertrauensmann“ erfahren, daß im Bielefeld der „Soz.“ verbreitet worden sei. Den Namen dieses „Vertrauensmannes“ will der Zeuge nicht nennen, es soll deshalb seine vorgelegte Behörde um Entstellung der Erlaubnis hierzu eracht werden. Schuhmacher Franz Schmidt-Hagen, geständigermaßen Sozialdemokrat und aus Leipzig ausgewiesen, hat den „Soz.“ bis zum Verbot gehalten. Von der Verbreitung des Blattes in Hagen, sowie des „Gedenkblattes“ weiß er nichts. Gehler für den Hafencleverfond habe er nicht gesammelt, wohl habe er die ihm übergebenen Beiträge in Empfang genommen und an Harm abgeführt; an den „Soz.“ sowie an Böbel und Grillenberger habe er ebenfalls Gehler nicht gesandt. Zeug Frau Gießmacher-Ebersfeld hat früher bei Fine wiederholt bekannte Sozialdemokraten gesehen. Der von Fine wegen eines Sittlichkeitsoverbrechens entlassene Geselle Müller habe sich anvertraut, daß Fine sich über den Kaiser beleidigend ausgesprochen habe. Möbelpolier Roman hat den Angeklagten Winkler am 11. März v. J. dabei abgesetzt, als er in mehreren Häusern das „Gedenkblatt“ verbreitete. Winkler bestreitet das und behauptet, einen Doppelgänger zu haben. Roman traf bald nach seiner Beobachtung einen Polizeibeamten, der Winkler verfolgte und auch verhaftete. Bei seiner Verhaftung war er ein Paket in die Bupper, nach seiner Aussage ein stenographischer Bericht der Redaktion. Die Anklage da gegen behauptet, es sei das „Gedenkblatt“ gewesen. Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Schweizer macht dem Gerichtshof hier die Mittheilung, daß der Zeuge Schreiner Wendt im städtischen Krankenhaus zu Barmen im Sterben liege, und bittet, dessen kommissarische Vernehmung anzutunnen. Die Vernehmung soll morgen durch den Landrichter Dr. Pöhl erfolgen. In einer der letzten Verhand-

lungen richtete der Vertheidiger Rechtsanwalt Lenzenmann an den Polizeikommissar Kammhoff die Frage, ob er der Chefrau des Angeklagten Böllmus Geld angeboten habe, damit sie ihn verrate. Kammhoff bestritt das unter seinem Eid und beantragte die Vernehmung des Polizeisekretärs Jarchow darüber, daß die Frau Böllmus ihren Mann aus freien Stücken demunitzt habe. Jarchow sagt heute aus, die Frau Böllmus sei zu ihm gekommen, habe sich bitter über ihren Mann beklagt, daß er sie mißhandele und ihr mit Todtschlag gedroht habe, wenn sie ihn anzeigen. Die Frau habe ihm dann ein Exemplar des „Soz.“ übergeben, welches sie in seiner Gegenwart aus der Tasche eines Rockes des Böllmus gezogen, und ihm gesagt, daß ihr Mann fortgesetzte Flugblätter verbreite. Böllmus schlägt eine Frau Blumenthal zum Zeugen vor, daß seine Frau dem Jarchow den „Sozialdemokrat“ vor der Thür gegeben habe. Die Blumenthal soll Dienstag vernommen werden. Die Chefrau Grütjen-Ebersfeld sagt aus, daß der Buchbinder Fine wiederholt Pakete erhalten habe. Die Frau des Fine habe ihr auf ihre Frage erlaubt, es seien Schriften für ihren Mann, später auch einmal, ihr Mann sei Sozialdemokrat. Fine behauptet, die Pakete hätten Bücher seiner Genossen enthalten, welche er habe einbinden lassen. Zeuge Polizeimeister Brandes ist zugewen gewesen, als der 10jährige Sohn des Angeklagten Pieretti vor der Polizei aussagte, daß sein Vater Druckschriften verbreite. Böllmus darauf sei der kleine nochmals mit seiner Mutter gekommen und habe seine Aussage widersehen. Über die Verbreitung des „Gedenkblattes“ hat Zeuge Mittheilungen von seinem „Gewährsmann“ erhalten, den er nicht nennen will. Das Oberbürgermeisteramt soll um die Erlaubnis hierzu eracht werden. Bei dem Zeugen Buchdrucker Berle-Ebersfeld wurde f. 3. der Typenatz des Flugblatts „Glaubensbekenntniß eines guten Deutschen“ gefunden. Er will von dem Druck deselben in seiner Offizin nichts wissen, glaubt vielmehr, daß einer seiner Seiger Stein habe ihm den Satz gezeigt, er sei erschrocken gewesen und habe gebeten, ihn nicht ungünstig zu machen. Stein dagegen behauptet heute, nicht er, sondern sein Kollege Lohr habe den Satz dem Berle gezeigt. Die Aussage des Stein wird als unglaublich hingestellt und dies damit begründet, daß er wegen widerholter Trunkenheit von Berle entlassen sei. Es soll nun noch Lohr vernommen werden. Stein befindet dann noch, er habe bei Kontakt Fine ein Exemplar jenes Flugblattes für 10 Pf. gekauft, was von Fine bestritten wird. Fabrikarbeiter Gottfr. Müller-Barmen hatte früher unter Einfluß gefunden, daß er von dem Angeklagten Bierenfeld mehrere Exemplare des „Sozialdemokrat“ erhalten habe. Heute will sich der Zeuge trotz eindringlicher Ermahnungen des Präsidenten jenes Vorfalls nicht mehr erinnern können. Der Staatsanwalt beantragt deshalb, gegen Müller wegen dringenden Verdachts des Meineides einen Haftbefehl zu erlassen, und nur erst bekommt sich der Zeuge zu der Aussage, daß er wiederholt unter anderen Büchern auch den „Soz.“ bekommen habe. Der Präsident erlässt darauf, er habe in letzter Zeit so oft recht traurige Beobachtungen machen müssen, wie mit der Wahrheit umgegangen werde, daß er wahrscheinlich Veranlassung nehmen werde, dies amtlich besonders zu erklären. Nachdem dann noch seitens des Zeugen Auerbach-Ebersfeld jede, und des Zeugen Jacob-Wilhelm a. Rh. darüber, ob Briefe verbotenen Inhalts an ihn angelommen seien, die Aussage verweigert worden war, erklärten der Staatsanwalt und die Vertheidiger, daß sie auf die Vernehmung derjenigen Zeugen, welche in der ersten Anklage als Angeklagte aufgeführt gewesen, verzichten wollen. Nächste Sitzung Montag.

### Aus Stadt und Land.

Bant, 3. Dez. Wir hatten seiner Zeit eine Notiz gebracht über eine Saalabreibung in Hohenkirchen und geben der Vermuthung Raum, daß der dortige national-liberale Gemeindevorsteher, Herr Jürgens, den Wirth zu Borchardt des „Soz.“ verbreitet worden sei. Den Namen dieses „Vertrauensmannes“ will der Zeuge nicht nennen, es soll deshalb seine vorgelegte Behörde um Entstellung der Erlaubnis hierzu eracht werden. Schuhmacher Franz Schmidt-Hagen, geständigermaßen Sozialdemokrat und aus Leipzig ausgewiesen, hat den „Soz.“ bis zum Verbot gehalten. Von der Verbreitung des Blattes in Hagen, sowie des „Gedenkblattes“ weiß er nichts. Gehler für den Hafencleverfond habe er nicht gesammelt, wohl habe er die ihm übergebenen Beiträge in Empfang genommen und an Harm abgeführt; an den „Soz.“ sowie an Böbel und Grillenberger habe er ebenfalls Gehler nicht gesandt. Zeug Frau Gießmacher-Ebersfeld hat früher bei Fine wiederholt bekannte Sozialdemokraten gesehen. Der von Fine wegen eines Sittlichkeitsoverbrechens entlassene Geselle Müller habe sich anvertraut, daß Fine sich über den Kaiser beleidigend ausgesprochen habe. Möbelpolier Roman hat den Angeklagten Winkler am 11. März v. J. dabei abgesetzt, als er in mehreren Häusern das „Gedenkblatt“ verbreitete. Winkler bestreitet das und behauptet, einen Doppelgänger zu haben. Roman traf bald nach seiner Beobachtung einen Polizeibeamten, der Winkler verfolgte und auch verhaftete. Bei seiner Verhaftung war er ein Paket in die Bupper, nach seiner Aussage ein stenographischer Bericht der Redaktion. Die Anklage da gegen behauptet, es sei das „Gedenkblatt“ gewesen. Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Schweizer macht dem Gerichtshof hier die Mittheilung, daß der Zeuge Schreiner Wendt im städtischen Krankenhaus zu Barmen im Sterben liege, und bittet, dessen kommissarische Vernehmung anzutunnen. Die Vernehmung soll morgen durch den Landrichter Dr. Pöhl erfolgen. In einer der letzten Verhand-

lungen rückte der Vertheidiger Rechtsanwalt Lenzenmann an den Polizeikommissar Kammhoff die Frage, ob er der Chefrau des Angeklagten Böllmus Geld angeboten habe, damit sie ihn verrate. Kammhoff bestritt das unter seinem Eid und beantragte die Vernehmung des Polizeisekretärs Jarchow darüber, daß die Frau Böllmus ihren Mann aus freien Stücken demunitzt habe. Jarchow sagt heute aus, die Frau Böllmus sei zu ihm gekommen, habe sich bitter über ihren Mann beklagt, daß er sie mißhandele und ihr mit Todtschlag gedroht habe, wenn sie ihn anzeigen. Die Frau habe ihm dann ein Exemplar des „Soz.“ übergeben, welches sie in seiner Gegenwart aus der Tasche eines Rockes des Böllmus gezogen, und ihm gesagt, daß ihr Mann fortgesetzte Flugblätter verbreite. Böllmus schlägt eine Frau Blumenthal zum Zeugen vor, daß seine Frau dem Jarchow den „Sozialdemokrat“ vor der Thür gegeben habe. Die Blumenthal soll Dienstag vernommen werden. Die Chefrau Grütjen-Ebersfeld sagt aus, daß der Buchbinder Fine wiederholt Pakete erhalten habe. Die Frau des Fine habe ihr auf ihre Frage erlaubt, es seien Schriften für ihren Mann, später auch einmal, ihr Mann sei Sozialdemokrat. Fine behauptet, die Pakete hätten Bücher seiner Genossen enthalten, welche er habe einbinden lassen. Zeuge Polizeimeister Brandes ist zugewen gewesen, als der 10jährige Sohn des Angeklagten Pieretti vor der Polizei aussagte, daß sein Vater Druckschriften verbreite. Böllmus darauf sei der kleine nochmals mit seiner Mutter gekommen und habe seine Aussage widersehen. Über die Verbreitung des „Gedenkblattes“ hat Zeuge Mittheilungen von seinem „Gewährsmann“ erhalten, den er nicht nennen will. Das Oberbürgermeisteramt soll um die Erlaubnis hierzu eracht werden. Bei dem Zeugen Buchdrucker Berle-Ebersfeld wurde f. 3. der Typenatz des Flugblatts „Glaubensbekenntniß eines guten Deutschen“ gefunden. Er will von dem Druck deselben in seiner Offizin nichts wissen, glaubt vielmehr, daß einer seiner Seiger Stein habe ihm den Satz gezeigt, er sei erschrocken gewesen und habe gebeten, ihn nicht ungünstig zu machen. Stein dagegen behauptet heute, nicht er, sondern sein Kollege Lohr habe den Satz dem Berle gezeigt. Die Aussage des Stein wird als unglaublich hingestellt und dies damit begründet, daß er wegen widerholter Trunkenheit von Berle entlassen sei. Es soll nun noch Lohr vernommen werden. Stein befindet dann noch, er habe bei Kontakt Fine ein Exemplar jenes Flugblattes für 10 Pf. gekauft, was von Fine bestritten wird. Fabrikarbeiter Gottfr. Müller-Barmen hatte früher unter Einfluß gefunden, daß er von dem Angeklagten Bierenfeld mehrere Exemplare des „Sozialdemokrat“ erhalten habe. Heute will sich der Zeuge trotz eindringlicher Ermahnung des Präsidenten jenes Vorfalls nicht mehr erinnern können. Der Staatsanwalt beantragt deshalb, gegen Müller wegen dringenden Verdachts des Meineides einen Haftbefehl zu erlassen, und nur erst bekommt sich der Zeuge zu der Aussage, daß er wiederholt unter anderen Büchern auch den „Soz.“ bekommen habe. Der Präsident erlässt darauf, er habe in letzter Zeit so oft recht traurige Beobachtungen machen müssen, wie mit der Wahrheit umgegangen werde, daß er wahrscheinlich Veranlassung nehmen werde, dies amtlich besonders zu erklären. Nachdem dann noch seitens des Zeugen Auerbach-Ebersfeld jede, und des Zeugen Jacob-Wilhelm a. Rh. darüber, ob Briefe verbotenen Inhalts an ihn angelommen seien, die Aussage verweigert worden war, erklärten der Staatsanwalt und die Vertheidiger, daß sie auf die Vernehmung derjenigen Zeugen, welche in der ersten Anklage als Angeklagte aufgeführt gewesen, verzichten wollen. Nächste Sitzung Montag.

### Standesamtliche Nachrichten

der Gemeinde Bant vom 16. bis 30. November 1889.

Geboren ein Sohn: Dem Malermeister J. H. Hinrichs; dem Maurer F. A. Bader; dem Schuhmacher J. H. Horstmeier; dem Schuhmacher H. Reichert; dem Schmid C. H. C. Böllmann; dem Tischaufsteller H. Brüder; dem Arbeiter Th. J. Pauls.

Eine Tochter: Dem Schuhbauer H. Timmermann; dem Formierer W. P. H. Matthes; dem Zimmermann C. H. J. Peters; dem Schuhbauer W. H. Robbers; dem Käthandler J. C. Krüger; dem Schlosser C. F. G. Rehmann.

Aufgestorben: Der Torpedo-Oberbootsmannsdienst H. C. A. Siegener zu Wilhelmshaven und L. W. Hoborff zu Bant; der Schuhmacher H. D. Döpkebus zu Bant und J. E. Raup zu Bielefeld; der Wachmeistersdienst F. P. A. Verde zu Wilhelmshaven und A. D. L. Abel zu Bant; der Seiler J. Otto zu Bant und G. M. Janzen zu Bielefeld; der Arbeiter J. G. B. Voß und A. G. L. Dubben, beide zu Bant; der Vorarbeiter H. W. C. Peters zu Bant und J. M. Stein zu Schortens.

Geschlechtungen: Der Bäckermeister J. H. W. Michel und A. H. G. Sauerbier, beide zu Bant; der Arbeiter C. H. Sonnenberg, Wittmar, und F. A. Gessens, beide zu Bant; der Tischler C. H. Auf zu Bant und S. H. Würdemann zu Oldenburg.

Gestorben: Sohn des Malers L. E. Kloster, totgebohren; Sohn des Arbeiters J. C. Th. Peters, 2. R. alt; die Chefrau L. P. L. Peters, geb. Gerdes, 34 J. alt.



# Lampen empfiehlt in großer Auswahl äußerst billig Eduard Buss, Bismarckstraße Nr. 56a.

\*\*\*\*\*  
3 Dutzend  
**Herren-Anzüge**  
aus bestem Duckskin  
kann ich sehr billig abgeben.  
Wert: 40—50 M.,  
Preis: 25 bis 33 Mark.

Friedrich Hoting.

\*\*\*\*\*  
**Gardinen,**  
weiß und creme,  
ca. 300 Meter Reste,  
1 bis 20 Meter lang,  
sollen billig ausverkauft werden,  
darunter eine Parthe kurze Maße.  
Sonst 1—1,50 M. pr. Mr.  
**jetzt nur 50 Pf.**  
Friedrich Hoting.

Deutsche und englische  
**Werfzeuge**  
empfiehlt in besserer Qualität  
und unter Garantie für jedes Stück  
**Eduard Buss,**  
Bismarckstraße 56a.

\*\*\*\*\*  
**Zwiebeln,**  
pr. Pf. 8 Pf.  
**Emil Meinelt,**  
Neubremen, Ecke der Grenz- u. Börsenstr.  
Schöne türk. Pflaumen,  
— sowie —  
bestes amerikan. Pökelfleisch  
empfiehlt billig  
**Carl Hapke,**  
Coudreih.

Neu! Neu!  
**Weckuhren**  
mit Nachts leuchtenden Zifferblättern,  
**Regulatoren**  
mit Schlagwert und Wedern von  
10 Mrt. an empfiehlt  
**August Frisse,**  
Uhrmacher, Bant.  
**Gebrannten Kaffee**  
pr. Pf. 1,20 Mrt.  
**Emil Meinelt,**  
Neubremen, Ecke der Grenz- u. Börsenstr.

**Kinderwagen von den billigsten bis zu den feinsten**  
sind stets vorrätig und empfiehlt billig  
**Eduard Buss, Bismarckstraße 56a.**

## Damen-Mäntel

empfiehlt in großer Auswahl.

**Eine Parthe Plüscher-Mäntel**  
sehr elegant, so lange der Vorrath reicht à 15 Mrt.

**Friedrich Hoting,**  
Wilhelmshaven.

\*\*\*\*\*  
200 Pfund  
**Wollgarn,**  
die schöne weiche Sorte, die  
Farbe naturbraun,  
50 Pf. pro Pfund billiger  
wie bisher.

**B. H. Bührmann,**  
Konfektions-Geschäft,  
Wilhelmshaven.

\*\*\*\*\*  
Empfiehlt mein reich assortiert Lager von  
reingehaltenen deutschen, französischen,  
spanischen und portugiesischen  
**WEINEN.**

Gute Qualitäten in Rum, Arrac und  
Cognac. Ich empfiehlt ferner vorzügliche  
Brände und Brantweine, besonders  
empfiehlt ich einen reinen ungetansten

**Korn-Brantwein,**  
als:

Richtenberger Doppel-Korn, Doorn-  
kaat, 1863er Alter Korn, Steinhäger  
etc. etc.

**Paul Hug, Zur Arche.**

Meinen geehrten Gönnern hiermit die ergebenste Anzeige, daß  
ich auch zu diesem  
**Weihnachts-Feste**  
eine große und reiche Auswahl an passenden

## Weihnachts-Geschenken

beschafft habe und empfiehlt: Photographic-, Poetie-, Schreib- und  
Briefmarken-Albums, Portemonnaies, Brief- und Cigarrertaschen,  
Visitenkartentäschchen, Necessaires, Taschenbüchlein u. c., Schreibzeuge,  
Garderobe, Handtuch, Zeitungs- und Uhrhalter u. c., Papierausstattungen,  
Suntypier, per Buch 50 Pf., Gold- und Silbertypier, per Bogen  
5 Pf., Seidenpapier, Christbaumschmuck in prachtvoller Auswahl,  
Schmucksachen, Puppen, Spielwaren, Jugendschriften, Bilderbücher u. c.  
Hochachtungsvoll

**W. Weidermann, Buchbinder,**  
Bismarckstraße 56, vis-à-vis Herren Kaufmann Philipson  
und Börsenstraße 40.

Die Buchbinderarbeiten erbitte rechtzeitig, da ich sonst nicht für prompte  
Lieferung aufkommen kann.

## Photographische Anstalt

von  
Roonstrasse 77. **C. J. Frankforth, Roonstrasse 77.**

Täglich für Aufnahmen geöffnet.  
Halt sich bei grosser Preis-Ermäßigung bestens empfohlen.

## Schlittschuhe

empfiehlt in großer Auswahl äußerst billig

**Eduard Buss,**  
Bismarckstraße 56a.

Wir empfehlern unser sehr feines

## helles Lager-Bier

in Flaschen 33 Stück für 5 Mark, in Fässern von 10—100 Liter  
21 Mark frei in's Haus,

24 Flaschen Kaiserbräu 3 M., pr. Liter 25 Pf.

**Brauerei Frisia, Filiale Wilhelmshaven.**

## Wurstschmalz, Nickel-Ketten

10 Pfund 3 Mark,  
empfiehlt

**E. Langer,**  
Neustrasse 10.

mit Berloques

in großer Auswahl und neuesten Mustern

empfiehlt

**August Frisse.**

Empfiehlt:

\*\*\*\*\*  
**Naß-** und **Flaschen-Bier**  
aus der  
Dampsbrauerei von Th. Fetkötter  
in Neuerburg, in Gebinden von 15 bis 100 Litern.  
Deines Lagerbier 33 Gl. 3 Mrt.,  
Bavarisches Gebäu 27 Gl. 3 Mrt.,  
Deines böhmischen Gebäu 30 Gl.  
3 Mrt.  
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.  
**J. Fangmann, Bismarckstr. 59,**  
1 Krepp.

Empfiehlt fertige  
**Herren- & Knaben-Garderoben**  
— sowie —

Arbeiter-Bekleidungsstücke  
aller Art. Auch mache ich auf mein großes  
**Schuh- & Stiefel-Lager**  
ganz besonders aufmerksam.  
Preise, wie bekannt, außergewöhnlich billig.

**G. Priet, Bant,**  
Oldenburgerstr. 1.

Verantwortlich für die Redaktion, Druck und Verlag: **F. Kühn, Bant-Wilhelmshaven.**

